

Wien, am Mittwoch, den 10. April 1929

-----

Für die Elektrifizierung der Bundesbahnstrecke Wien-Salzburg. Wie schon kurz mitgeteilt, wird der Wiener Gemeinderat am Freitag eine Resolution beschließen, in der die beschleunigte Durchführung der Elektrifizierung der Bundesbahnstrecke Wien-Salzburg gefordert wird. In der Resolution wird ausgeführt, dass im Laufe dieses Jahres die Elektrifizierung des Bundesbahnstrecke Wörgel-Salzburg beendet und damit die elektrische Zugführung von Salzburg bis an die Bundesgrenze in Vorarlberg ermöglicht sein wird. Die westlichen Alpenländer werden damit ab Salzburg in einem geschlossenen elektrischen Betriebsnetz mit der Schweiz stehen. Andererseits wird auch die deutsche Reichsbahn von Salzburg über Rosenheim nach Kufstein und nach München bereits elektrisch betrieben. Die Hauptverkehrsader Oesterreichs, die Bundesbahnstrecke von Wien nach Salzburg, auf der sich der Verkehr durch die Anschlusslinien nach den Alpenländern sowie nach dem Deutschen Reich über Passau und Simbach ausserordentlich verdichtet, entbehrt jedoch noch der elektrischen Zugführung. Dem Vernehmen nach ist auch Ungarn entschlossen, die Eisenbahnlinie von Budapest nach Wien bis zur Grenze auf den elektrischen Betrieb umzubauen. Die Entwicklung der Elektrifizierung der Eisenbahnen drängt also unabweislich dahin, dass auch der Betrieb auf der Strecke Salzburg Wien und die Fortsetzung bis zur ungarischen Grenze so rasch als möglich vor allen anderen Linien elektrifiziert wird. Nun ist die Bundesbahnstrecke Wien-Bregenz die einzige grosse Radiallinie, die noch von Wien aus geht und die nicht durch den Krieg verlorengegangen ist. Diese Strecke, die für Oesterreich als internationale Transitstrecke von ungeheurer Bedeutung ist, ist aber eigentlich nur in ihrem schwachfrequentierten Teil von der Schweizer Grenze bis nach Salzburg elektrifiziert. Der verkehrsreichere Teil von Salzburg nach Wien und bis zur ungarischen Grenze muss daher ebenfalls auf den elektrischen Betrieb umgebaut werden. Wenn nun das österreichische Zwischenstück Salzburg-ungarische Grenze ausgeführt wird, ergibt sich von Genf bis Budapest eine ununterbrochene einheitliche Elektrolinie von 1400 Kilometer. Was das für die bessere Verkehrsausgestaltung für alle daran interessierten Länder bedeutet, bedarf wohl keiner besonderen Erläuterung. Die Fortsetzung der Elektrifizierung der österreichischen Bundesbahnen auf der Strecke Salzburg-Wien stand daher schon wiederholt in der Diskussion des Nationalrates sowie anderer öffentlicher Körperschaften und war Gegenstand eingehender Studien der Bundesregierung, der Generaldirektionen der Bundesbahnen und der hierzu bestellten Sachverständigen, die nach genauester Begutachtung und Prüfung in ihrer überwiegenden Mehrheit zu dem Ergebnisse gelangt sind, dass die Elektrifizierung der Westbahn vorteilhaft ist und fortgesetzt werden soll, weil diese Betriebsart sogar eine Ersparnis von jährlich anderthalb Millionen Schilling mit sich bringt; diese Ziffer ist sogar sehr vorsichtig gerechnet, da das Bundesministerium für Handel und Verkehr selbst drei Millionen Schilling berechnet hat. Was speziell die Bundeshauptstadt Wien anlangt, so kommt für sie ausser den angeführten Gründen, die für eine rasche Durchführung der Elektrifizierung sprechen, noch der in Betracht, dass der Dampfbetrieb einer Eisenbahn unvermeidlich eine starke Verunreinigung der Luft durch die Rauch- und Gasentwicklung zur Folge hat, die sich in der Grosstadt und in ihrer unmittelbaren Umgebung, in der ein Grossteil der Bevölkerung Erholung sucht, besonders schädigend auswirkt. In der Grosstadt selbst und in ihrer nächsten Umgebung ist der Zugverkehr am dichtesten, die Gefährdung der Gesundheit der Bevölkerung daher am grössten. Die Gemeindevertretung der Bundeshauptstadt Wien ist schon aus den angeführten Gründen in der bestimmten Erwartung, dass die Elektrifizierung der Bundesbahnstrecke Wien-Salzburg in der nächsten Zeit und im unmittelbaren Anschluss an die Elektrifizierung der Strecke Salzburg-Wörgel in Angriff genommen wird. Sie bringt ihre Resolution dem Nationalrat, der Bundesregierung und der Generaldirektion der Bundesbahnen zur Kenntnis und ersucht alle massgebenden Faktoren, diese im öffentlichen Interesse gelegenen Arbeiten mit aller Beschleunigung durchzuführen.

-----

Wohnung und Städtebau. In der Ausstellung "Wohnung und Städtebau", I., Parkring 12, findet morgen Donnerstag um 18 Uhr bei freiem Eintritt eine all-gemeine Führung statt.

-----